

# Die Mission eines Kalten Kriegers

**Zeitgeschichte** Der frühere FDP-Politiker Erwin Bischof ist überzeugt, dass die Schweiz von Stasi-Spitzeln unterwandert war

VON RICARDO TARLI, BERLIN

Die Kalten Krieger schlagen zurück. Durch die Fichenaftäre diskreditiert, fordern sie ihren gerechten Platz in der Geschichte ein. An vorderster Front kämpft Erwin Bischof, Ex-Berliner FDP-Grossrat und ehemaliger Redaktor der rechtsbürgerlichen Plattform «Trumpf Buur». Die Mission des promovierten Historikers und früheren Diplomaten: Kommunistische Seilschaften enttarnen.

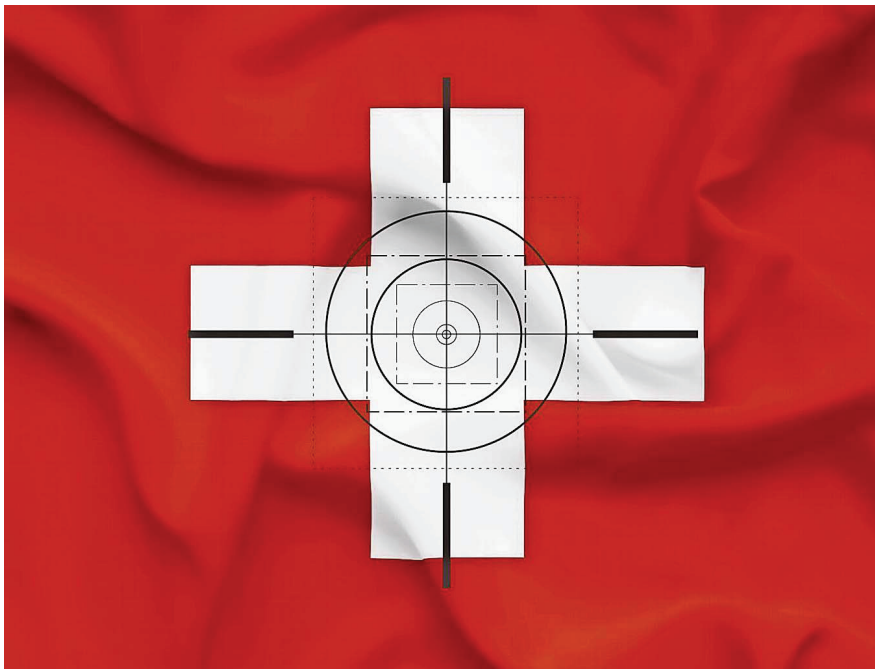
Bischof, der mit dem Buch «Honckers Handschlag» 2010 für Schlagzeilen sorgte, legt mit «Verräter und Versager: Wie Stasi-Spione im Kalten Krieg die Schweiz unterwanderten» sein zweites DDR-Schwarzbuch vor. Auf 256 Seiten versucht er anhand von einem Dutzend Spionagefällen zu belegen, «wie stark die Freiheit

**Bischof gelingt es nicht, diese These in einer stringenten Argumentationskette zu belegen.**

und Unabhängigkeit der Schweiz durch den internationalen Kommunismus und seine Untergrundtätigkeit bedroht war». Bischof denunziert nicht nur die Umtriebe des ostdeutschen Geheimdienstes in der Schweiz, sondern nimmt auch Journalisten, Professoren, Studenten, Schriftsteller und politische Aktivistinnen aufs Korn, die sich in linken Kreisen bewegten und dabei unbewusst mit Stasi-Leuten, die auf sie angesetzt worden waren, in Kontakt kamen.

## Ideologische Geschichtsschreibung

Bischof ist überzeugt, dass die Schweiz durch die «Unterwanderung» von Stasi-Spitzeln einer grossen Gefahr ausgesetzt war. Ihm gelingt es jedoch nicht, diese These in



Die Schweiz im Fadenkreuz der DDR? Autor Erwin Bischof will es seinen Lesern vorgaukeln. MONTAGE STALDER

einer stringenten Argumentationskette zu belegen. Die handwerklichen Mängel fallen ins Auge: Nicht nur fehlt es dem Autor an einer ideologiefreien Herangehensweise, sondern auch am erkennbaren Streben nach wissenschaftlichem Erkenntnisgewinn. Die Auswahl der Spionagefälle erscheint zufällig, eine Begründung dafür liefert der Autor nicht. Eine kritische Hinterfragung nach der tatsächlichen Bedeutung der von den Spionen an die DDR gelieferten Informationen bleibt er dem Leser schul-

dig. Dass sich die renommierte Freie Universität Berlin nun schon zum zweiten Mal auf eine Zusammenarbeit mit Bischof einliess, überrascht angesichts dieser Schwächen.

Das Ehepaar Gisela und Hans-Günter Wolf, das 1975 wegen verbotener Nachrichtendienst zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt wurde, und M.B. alias Mario, der mit der Auskundschaftung von Infrastrukturanlagen der Wasser- und Elektrizitätsversorgung beauftragt wurde, sind zwar spektakuläre Spio-

nagefälle, genügen aber nicht als Beleg für Bischofs These, dass von der Ost-Spionage eine unmittelbare Bedrohung für die Schweiz ausging.

Auch die Bespitzelung von Intellektuellen ist unter dem Aspekt einer militärischen Bedrohung eher nebensächlich. Dass ein grosser Teil der Informationen, die an die DDR weitergeleitet wurde, öffentlich zugänglich war, unterschlägt Bischof ebenso wie den Umstand, dass die Schweiz für die DDR nicht ein primäres militärisches Angriffsziel war.

Das neutrale Land diente der DDR hingegen als Umschlagplatz für Embargogüter, für konspirative Treffen, als Operations- und Auskundschaftsbasis für die Auspionierung des Klassenfeindes, aber auch als möglicher nachrichtendienstlicher Rückzugsort für operative Tätigkeiten gegen den Hauptgegner Nato im Kriegsfall, wie Peter Velleff in seinem Buch «Spionageziel Schweiz?» dargelegt hat.

Diese Fakten ignoriert Bischof und versucht stattdessen, in reisserischen Worten eine reale Gefahr zu konstruieren: Die Schweiz sei im «Fadenkreuz der Ostspionage» gestanden und von einer «geballten Kraft zahlreicher Nachrichtendienste» bedroht worden. Schützenhilfe bekommt er von alt Bundesrat und Parteifreund Rudolf Friedrich, der im Vorwort mit den inneren Feinden der Schweiz, die der «kommunistischen Ideologie nahestanden», abrechnet und die Bespitzelung Tausender unbescholtener Bürger durch die Bundespolizei (Fichenaftäre) als notwendiges Übel im Kampf gegen den Kommunismus zu rechtfertigen versucht.

## Kampf um Deutungshoheit

Über zwanzig Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs scheint der Kampf um die Deutungshoheit der Rolle der Schweiz während des Kalten Krieges vollends entbrannt zu sein. Bischofs Verdienst liegt darin, dass er mit seinen Publikationen die Aufmerksamkeit auf die vielfältigen Beziehungen der Schweiz und der DDR gelenkt hat, die einer gründlichen Aufarbeitung harren.

## Verräter & Versager

Erwin Bischof: **Verräter und Versager: Wie Stasi-Spione im Kalten Krieg die Schweiz unterwanderten**  
Bern: Interforum, 2013. 256 S. Fr. 48.–.

## Anastasiades gewinnt Stichwahl klar

Der Konservative Nikos Anastasiades hat laut Hochrechnungen die zweite Runde der Präsidentschaftswahl klar für sich entschieden. Der «nette Nikos» erhielt 57 Prozent, sein von den Kommunisten unterstützter Gegenkandidat Stavros Malas kam auf 43 Prozent der Stimmen. Zur Stichwahl kam es, weil Anastasiades in der ersten Runde die absolute Mehrheit mit 45 Prozent knapp verfehlt hatte.

Das hoch verschuldete Euro-Mitgliedsland Zypern ist von der Staatspleite bedroht. Auf den Wahlsieger kommt die Aufgabe zu, mit den Geldgebern von Europäischer Union (EU) und Internationalem Währungsfonds (IWF) die Bedingungen für ein milliardenschweres Hilfspaket auszuhandeln. Der scheidende Staatschef Demetris Christofias von der Kommu-



Anastasiades. KEY

nistischen Partei war nicht noch einmal angetreten. Wegen der finanziell prekären Lage Zyperns gilt das Votum inmitten der Schuldenkrise als Schicksals-

wahl. Wahlberechtigt sind gut eine halbe Million griechische Zypriern. Die Wahllokale schliessen um 17 Uhr Schweizer Zeit. Unmittelbar danach werden erste Prognosen erwartet. Diese lagen allerdings in der ersten Runde von einer Woche daneben, denn darin wurde Anastasiades bereits eine absolute Mehrheit zugesprochen. Damit wäre die nun stattfindende Stichwahl entfallen. (SDA)

## Hoffen auf neue Ära für den Kongo

Nach jahrzehntelangem Bürgerkrieg rückt eine Stabilisierung von Kongo-Kinshasa näher: 11 afrikanische Länder unterzeichneten gestern in Äthiopien ein Abkommen für eine friedliche Zukunft in der Region.

UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon sprach von einem «historischen Dokument» und einem «bedeutenden Ereignis», das den Beginn eines langfristigen Prozesses darstelle. In dem Abkommen erklären die Länder Ruanda, Uganda, Tansania, Südsudan, Zentralafrikanische Republik, Sambia, Südafrika, Angola, Kongo-Brazzaville, Burundi sowie Kongo-Kinshasa selbst, dass sie sich künftig nicht mehr in die Konflikte der Nachbarländer einmischen und keine Rebellengruppen unterstützen werden.

Zudem wollen die 11 Staaten Frieden und wirtschaftliche Entwicklung im Kongo und in der gesamten Region vorantreiben. Der Prozess, der zu dieser Vereinbarung führte, war von Ban in New York initiiert worden.

«Es ist Zeit, eine neue Seite in der Geschichte der Region aufzuschlagen, eine ruhmreichere Seite als in den letzten zwei Jahrzehnten», sagte der kongoleische Präsident Joseph Kabila. Ban betonte, er hoffe auf eine «neue Ära» für den Kongo und werde schon bald einen Sondergesandten in das Land schicken, der die Umsetzung des Abkommens überwachen soll. (SDA)

## Chinas Krebsdörfer

**Peking** Die Regierung räumt erstmals die Existenz von Krebsdörfern ein. Damit gibt sie Aktivisten recht, die bereits vor Jahren darauf hinwiesen.

VON FELIX LEE, PEKING

«Aizhen Cun» ist für die meisten Chinesen seit langem ein Begriff. Nur die chinesische Führung vermied es, ihn zu verwenden – zu sehr würde er die Schattenseiten von Chinas Wirtschaftsentwicklung offenbaren. Cun heisst «Dorf», Aizhen «Krebs». Und «Krebsdörfer» gibt es im ganzen Land jede Menge. Nun hat Chinas Führung die Existenz von solchen Krebsdörfern erstmals zugegeben.

In einem Bericht des chinesischen Umweltschutzministeriums heisst es: Giftstoffe und Umweltverschmutzung hätten in einigen Regionen «Krebsdörfer» geschaffen. Diese Orte würden stark überhöhte Krebsquoten in der Bevölkerung aufweisen.

Die chinesische Führung verspricht, dafür zu sorgen, dass die giftigen Dreckschleudern geschlossen werden. Fabriken, die besonders massiv zur Umweltverschmutzung beitragen, sollen dazu verpflichtet werden, in eine spezielle Versicherung zur Behebung der grössten Umweltschäden einzuzahlen.

Dongjin in der Provinz Jiangsu ist ein solches Dorf. Bei 2000 Einwohnern starben innerhalb weniger Jahre über 100 Dorfbewohner an Krebs. Dass die hohe Krebsrate im Zusammenhang mit dem nahe gelegenen Chemiewerk stehen könnte, bestritt die Lokalregierung stets – auch wenn der örtliche Parteisekretär die Ein-

wohner dazu aufforderte, jeden Tag eine Lebertablette einzunehmen.

Bereits 2009 hat der chinesische Journalist Deng Fei auf «Google Map» eine Karte mit den am schlimmsten betroffenen Dörfern aufgelistet. Journalisten und Umweltaktivisten griffen das Thema auf und ergänzten die Liste. Von 459 Krebsdörfern berichtet Umweltaktivist Lee Liu.

Der nationale Gesundheitsbericht hatte 2009 immerhin darauf hingewiesen, dass die Krebsrate im Land in den letzten Jahren erheblich gestiegen ist. Seit Beginn der Wirtschaftsreformen vor 30 Jahren habe sich die Rate fast verfünffacht, heisst es in dem Bericht. Einen direkten Zusammenhang mit der steigenden Zahl von Schwer- und Chemiefabriken stellte das Ministerium nicht her.

Auch der jüngste Umweltbericht gibt keine Auskunft über die genaue Zahl von Krebsdörfern. Immerhin listet er 58 Chemikalien auf, die künftig verboten werden sollen. Bis 2015 will Chinas Führung ein Kontrollsystem einrichten, um die Umweltschäden durch gefährliche Chemikalien in Griff zu bekommen.

## 11 Franken «Schadenersatz»

Den Menschen in den bereits betroffenen Dörfern ist mit diesen Massnahmen wenig geholfen. Nicht nur, dass viele von ihnen bereits erkrankt sind. Auch von finanziellen Kompensationen ist in dem Papier keine Rede. Als einige Bewohner von Dongjin gegen das nahe gelegene Chemiewerk auf Schadenersatz klagten und sogar recht bekamen, erhielten sie 70 Yuan – umgerechnet 11 Franken. Das reicht nicht einmal für eine Monatsration Lebertabletten.

## Neue Gewalt im Nahen Osten

In Israel und im Westjordanland wächst die Sorge vor neuer Eskalation nach dem Tod des Häftlings Ararat Jaradat. Hunderte Palästinenser zogen gestern in Hebron, in Tulkarem und in Bethlehem auf die Strasse, steckten Autoreifen in Brand und warfen Steine. Ein Mann trug Verletzungen davon, als die Soldaten Gummigeschosse auf die Demonstranten abfeuerten. Die rund 4500 palästinensischen Häftlinge in Israel verweigerten aus Solidarität mit Jaradat für einen Tag die Nahrungsaufnahme. Aufschluss über die Hintergründe für das plötzliche Ableben des 30-jährigen Familienvaters am Samstag soll eine Autopsie geben.

Seit Tagen stehen sich israelische Sicherheitskräfte und palästinensische Demonstranten gegenüber, welche die Entlassung der Palästinenser in Admistrativhaft sowie bessere Bedingungen in den Gefängnissen fordern. Mehrere inhaftierte Langzeit-Hungerstreikende befinden sich in Lebensgefahr. Samer al-Issawi verweigert seit 218 Tagen die Aufnahme normaler Nahrung. «Sollte er im Gefängnis sterben, wird die Region in Brand geraten», warnte der Abgeordnete Mohammad Baraka.

Die israelische Polizei teilte mit, dass Jaradat an einem Herzschlag gestorben sei. Abu Mohammed Jaradat glaubt aber, dass sein Sohn zu Tode geprügelt wurde. Der Körper habe Blutspuren aufgewiesen und Anzeichen von Gewalteinwirkung «von Kopf bis Fuss». Zum Zeitpunkt seiner Verhaftung vor einer Woche sei Jaradat, der Steine auf Soldaten geworfen haben soll, völlig gesund gewesen. «Wenn er an einem Herzschlag starb», meinte der Vater, «dann nur deshalb, weil er unter grossem Stress stand». (KNA)